

VERTRAULICH

Februar 1978

SECHS MAL OSTEUROPAVersuch einer Zusammenfassung
von H.J. Renk

Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat es mit sich gebracht, dass wir uns weit intensiver als in der Vergangenheit mit den Staaten der östlichen Hälfte unseres Kontinents auseinandersetzen müssen. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war wohl das hauptsächlichste Forum dieser Auseinandersetzung, sie hat aber auch die bilateralen Kontakte zu allen diesen Staaten befruchtet und ihnen über ihren traditionellen wirtschaftlichen Gehalt hinaus auch eine politische Dimension gegeben. Im Zeichen dieses verstärkten Interesses standen auch die Besuchsreisen, die der Generalsekretär des EPD im vergangenen Jahr in fünf dieser Länder unternahm, nämlich Jugoslawien, Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und Bulgarien. Der vorliegende Bericht stellt einen Versuch dar, diese fünf Reisen zu einer Gesamtschau zusammenzufassen, wobei der Vollständigkeit halber auch Eindrücke einer Reise in ein sechstes Land dieser Region - Rumänien - verarbeitet wurden, die ausserhalb dieses Zyklus stattgefunden hatte. Wir sind uns der Unvollständigkeit dieses Versuchs bewusst. Jede Ambition, dieses halbe Dutzend Länder auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen - es sei denn, man begnüge sich mit der Fassade des allen gemeinsamen politischen Systems -, muss von vornherein an der Unterschiedlichkeit dieser Länder und deren Völker scheitern. Dennoch sei der Versuch gewagt.

Zunächst die Einschränkungen: Alle Besuche waren auf wenige Tage und auf einen Kreis von Gesprächspartnern limitiert, der nur in wenigen Fällen über die Funktionäre der Aussenministerien hinausging. Die Besuche beschränkten sich ferner auf die Hauptstädte; Reisen ausserhalb derselben waren eher touristischer Natur und boten kaum Gelegenheit zum Ausbruch aus dem wohlorganisierten Programm. Eine abschliessende Wertung eines Landes auf-



- 2 -

grund dieser wenigen Tatsachen wäre daher vermessen. Eine weitere Einschränkung ergibt sich bei nochmaliger Durchsicht der Reiseziele: Belgrad, Budapest, Warschau, Prag, Sofia, Bukarest. Zwei Hauptstädte - und nicht die unwichtigsten - dieses Teils Europas stehen nicht auf der Liste: Moskau und Berlin-DDR. Ihr momentanes Fehlen macht das Bild jedoch nicht notwendigerweise unvollständig: Das Ausklammern Russlands und Deutschlands, die in der Vergangenheit - und heute wieder unter ganz anderen Vorzeichen - das Schicksal aller zwischen ihnen liegenden Staaten geprägt haben, lässt die Besonderheiten dieses "Zwischen-europa" zwischen Ostsee und Schwarzen Meer noch deutlicher hervortreten.

Trotz dieser Vorbehalte gewährten alle diese Reisen kurze, aber einprägsame Einblicke in die Mentalität und Persönlichkeit dieser Völker. Wer sich nicht durch die zur Schau gestellte Einheitlichkeit der Strukturen, Rituale und Argumente verwirren lässt, wird nicht mehr in die Versuchung kommen, diese Länder in den gleichen Topf zu werfen. Diese Erkenntnis ist zwar kaum mehr neu. Dass Jugoslawien seit nunmehr drei Jahrzehnten einen unabhängigen Kurs, sowohl aussen- als auch innenpolitisch, verfolgt, werden wohl nur noch ganz Verbohrte bestreiten. Dass Rumänien, wenigstens in der Aussenpolitik, ähnliches versucht, hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre ebenfalls herumgesprochen, und auch die Tatsache, dass Polen und Ungarn in der Innenpolitik einen gemässigten Kurs verfolgen als die anderen Staaten des Warschauer Paktes, hat schon vor Carters Besuch in Warschau und der Rückführung der Stephanskronen nach Budapest internationale Anerkennung gefunden. Fast muss man befürchten, dass auch diese neuen Verhaltensmuster - wie früher die starre Ausrichtung nach dem Moskauer Modell - in den Augen des westlichen Beobachters zur Schablone werden und dass Kritik an diesen "outsidern" auch dann nicht aufkommt, wenn sie am Platz wäre. Das Belgrader KSZE-Treffen hat hier erste Beispiele geliefert, die etwas zu denken geben. Tatsache bleibt jedoch, dass von den sechs erwähnten Staaten nur noch zwei, dafür umso stärker, an der Führungsrolle Moskaus in der Innen- wie der Aussenpolitik festhalten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: die Tschechoslowakei und Bulgarien.

./.

Jede Untersuchung über die Stellung dieser sechs Staaten muss zwangsläufig mit der Gretchenfrage nach dem Verhältnis zu Russland beginnen. Wir sagen absichtlich nicht: der Sowjetunion, denn die Beziehungen aller dieser Staaten zur Grossmacht im Osten gehen nicht erst auf 1917 oder 1945 zurück. Jedes von ihnen hat bereits mit dem vorrevolutionären Russland - gewollt oder ungewollt - enge Kontakte gehabt und seine Erfahrungen gemacht. Wir müssen dabei zwischen den slawischen und den nichtslawischen Völkern Osteuropas unterscheiden: Während die ersteren - mit der markanten Ausnahme Polens - zum grossen "Brudervolk" im Osten eine natürliche Affinität empfanden, die sich etwa in den nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts im Zeichen des Panslawismus auch politisch niederschlug, waren Magyaren und Rumänen als sprachliche und kulturelle "Fremdkörper" verständlicherweise von dieser Ausstrahlung nicht berührt. Die nationale Bewegung im grossenteils von Russland einverleibten Polen des 19. Jahrhunderts konnte sich verständlicherweise nicht an östlichen, sondern nur an westlichen Modellen orientieren. Die grössten Panslawisten waren diejenigen, die am weitesten von Russland entfernt waren: die Tschechen, die Serben, die Bulgaren. Sie sind es auch am längsten geblieben. Die traditionelle Affinität zu allem Russischen wurde in diesen Ländern durch das Erlebnis der Befreiung von 1945 und durch die Kombination Panslawismus-Kommunismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit fast ins Irrationale gesteigert, was sich in äffischer Imitation sowjetischer Modelle in allen Lebensbereichen äusserte, gerade in dem Land, das dann als erstes mit Moskau brach, Jugoslawien. Von allen besuchten Ländern hat nur Bulgarien ein ungebrochenes Verhältnis zum Reiche der alten und neuen Zaren, und man kann sich kaum vorstellen, welche Kraft dieses Verhältnis trüben könnte. Aber selbst in diesem "Idealfalle" kann von einer sklavischen Unterordnung nicht gesprochen werden. Auch Bulgarien besitzt seine ganz spezifische Persönlichkeit, die es davor bewahrt, als blosses Anhängsel der Sowjetunion zu erscheinen. Die andern - Polen, Ungarn, Rumänien - haben die Anlehnung an Russland/Sowjetunion nie gesucht; sie ist

ihnen durch die Geschichte und Geographie aufgedrängt worden. Es ist vielleicht kein Zufall, dass sich gerade diese drei, jeder auf seine Art, heute um einen gewissen Grad an Emanzipation bemühen. Nicht zu vergessen ist dabei auch, dass zwei dieser Staaten - Polen und Rumänien - als direkte Nachbarn der Sowjetunion auch territoriale Verluste an diese zu verkraften haben, die erst eine Generation zurückliegen und die, obwohl offiziell verschwiegen, das Verhältnis unterschwellig belasten.

Dies sind Ueberlegungen, die der rational denkende Westeuropäer als überholt abtun mag. Er vergisst dabei, dass die Wunden, welche die Geschichte im Osten seines Kontinents geschlagen hat, nicht so rasch vernarben wie im Westen, dass sie in den letzten dreissig Jahren mehrmals neu aufgerissen wurden und dass die Haut dieser Völker aus verschiedenen Gründen viel dünner ist. Bevor wir uns diesen Gründen zuwenden, müssen wir dem Verhältnis zu Russland noch eine Betrachtung über das Element beifügen, welches heute jenes Verhältnis in erster Linie bestimmt: Die Zugehörigkeit zum von Moskau gesteuerten System. Wir müssen hier gleich eine Ausnahme für Jugoslawien machen, das sich von der Moskauer Zentrale gründlich und nach eigener Aussage endgültig getrennt hat. Das Gebäude am Belgrader Donau-Ufer, welches nach sowjetischen Plänen 1945 die Büros des Kominform hätte beherbergen sollen, ist heute ein friedliches Hotel, welches dreissig Jahre nach dem Herausschmiss Jugoslawiens aus jener Organisation eine andere Art von "Internationale" beherbergt: die Delegierten der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten. Wenige hundert Meter davon entfernt erhebt sich aber als sichtbares Zeichen dafür, dass Jugoslawien nach wie vor ein kommunistisch regiertes Land ist, vierundzwanzig Stockwerke hoch und das danebenliegende Regierungsgebäude überschattend, der Büroturm der Partei. Sie heisst zwar nicht mehr so, sondern "Bund der Kommunisten", aber nichtsdestoweniger besitzt sie das Monopol des politischen Lebens dieses Landes. In der Eingangshalle steht unübersehbar, überlebensgross eine Lenin-Büste. Die Jugoslawen glauben, zu einer Form des Kommunismus zurückgefunden zu haben, die den Ideen der Gründerväter des Kommunismus

näher liegt als das, was die direkten Erben Lenins in dessen Heimat daraus gemacht haben: Ein dezentralisiertes System, in welchem die Parteiapparate der einzelnen Republiken ein grosses Mass an Autonomie haben und dieses auch weidlich ausnützen, allerdings nur so weit, als sie damit den Zusammenhang des Ganzen nicht gefährden. Ist dieser Punkt erreicht, so reagiert die Zentrale - sprich Tito - rasch und bestimmt. So geschehen vor einigen Jahren, als die Parteiführung in Zagreb allzu eigenwillige Wege ging, die man im Westen bereits als "kroatischen Frühling" begrüsst und denen man heute wahrscheinlich das Modewort "Eurokommunismus" anhängen würde. Die "Abweichler" wurden über Nacht ausgewechselt, und zwar weniger, weil ihre Ideen zu "liberal" waren, als deswegen, weil sich in ihre Bewegung - gewollt oder ungewollt - nationalistisch-separatistische Untertöne gemischt hatten, die nach den leidvollen Erfahrungen der Geschichte des Landes seit 1918 keine jugoslawische Führung zulassen konnte.

Hier zeigt sich aber der Unterschied Jugoslawiens zu den anderen kommunistisch regierten Staaten seiner Umgebung: Belgrad reagiert bei der Zurechtweisung Andersgesinnter nur aus eigenen Gründen, wie immer man diese beurteilen mag, und nicht im Auftrage Moskaus (im Falle Kroatiens hatte man die Sympathien des Kreml sogar auf der Seite der Nationalisten vermutet ...). Auch in der Ausenpolitik verfolgt Belgrad seit manchen Jahren eine Linie, die mit derjenigen Moskaus kaum Parallelen aufweist, zumindest in Europa. Es hat dies erst kürzlich wieder anlässlich des KSZE-Folgetreffens bewiesen. Ausserhalb Europas ist die Trennungslinie weniger deutlich. Bekanntestes Beispiel dafür ist Belgrads Mittelost-Politik: Vom Abbruch der Beziehungen mit Israel nach dem Sechstagekrieg 1967 bis zur Gewährung von Ueberflugsrechten an sowjetische Nachschubflugzeuge zugunsten der arabischen Seite im Jom-Kippur-Krieg 1973 zieht sich eine Linie, die zwar weniger mit einer Wiederannäherung an Moskau als mit der konsequenten Fortführung einer seit zwanzig Jahren proarabischen Politik zu tun hat, die auf die persönliche Freundschaft Titos mit Nasser zurückgeht.

Stellt für Belgrad die Mittelostpolitik den auffallendsten Berührungspunkt mit der sowjetischen Aussenpolitik dar, so ist es im benachbarten Bukarest gerade umgekehrt: In dieser Frage unterscheidet es sich mit seiner ununterbrochenen Anerkennung Israels am deutlichsten vom Moskauer Kurs. In allen anderen Bereichen bleibt Rumäniens eigenständige Aussenpolitik eher Wunsch als Realität, mehr Form als Inhalt, wie etwa Bukarests häufiger Alleingang innerhalb der KSZE. Dennoch ist das rumänische Bemühen um einen grösseren Spielraum in der Aussenpolitik mehr als nur Fassade. Es entspricht der Tradition eines Landes, das sich als Insel in einer feindlichen Umwelt zwischen Russland, Ungarn und der Türkei immer wieder auf seine Eigenständigkeit besinnen musste und sich dabei nicht auf seine Zugehörigkeit zu einem grösseren Ganzen verlassen konnte. Dass es gleichzeitig in der Innenpolitik einen äusserst harten Kurs verfolgt, ist kaum eine Konzession an Moskau, sondern entspricht den inneren Bedürfnissen eines Regimes, das sich seiner Bevölkerung nicht sicher ist.

Rumänien profitiert wie die andern Balkanstaaten davon, dass es für die Sowjetunion von strategisch weniger entscheidender Bedeutung ist als die weiter nördlich gelegenen Staaten des Warschauer Paktes. So konnte die Sowjetunion etwa den Abfall Jugoslawiens und Albaniens verkraften und könnte sogar eine etwas eigenständigere Rolle Bulgariens zulassen, wenn dies je auf diesen Gedanken käme. Nicht zulassen aber kann es Moskau, wenn diese Staaten unter sich enger zusammenrücken möchten. Bezeichnendes Beispiel ist seine äusserst negative Haltung gegenüber der Anfang 1976 auf griechische Initiative im Nachgang zur KSZE zusammgetretenen Balkan-Konferenz, die es durch Bulgarien sabotieren liess, wodurch bis jetzt jede weitere Entwicklung in dieser Richtung verhindert wurde. Einem engeren Schulterschluss der Balkanstaaten stehen aber - ganz abgesehen von der in nächster Zeit kaum zu erwartenden Mitarbeit Albaniens - auch "selbstgemachte" Hindernisse entgegen, nicht zuletzt die vielen ungelösten Minderheitenprobleme, von denen die Mazedonienfrage nur das auffallendste ist, vor allem,

weil sie in Sofia bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder aufgetischt wird. Es handelt sich dabei jedoch weitgehend um ein Schattenboxen, denn die Zugehörigkeit des mazedonischen Kernlandes zu Jugoslawien dürfte wohl kaum mehr rückgängig zu machen sein, umso weniger, als die Mazedonier dort ein Mass von Autonomie geniessen, das ihnen weder Bulgarien noch Griechenland je gewährt haben. In Bulgarien selbst schmilzt das Problem langsam dahin, indem die mazedonische Minderheit mit Hilfe der Statistik nach und nach der bulgarischen Mehrheit "einverleibt" wird.

Ueber diesem "faux-problème" vergisst man gerne viel virulentere Minderheitenfragen in der Region, zum Beispiel diejenige der anderthalb Millionen Ungarn im rumänischen Siebenbürgen. Dies ist jedenfalls für Bukarest wegen der unmittelbaren Nachbarschaft des ungarischen "Mutterlandes" ein viel schwerwiegenderes Problem als dasjenige der deutschsprachigen Minderheiten (oder, um im rumänischen Jargon zu reden, der "mitwohnenden Nationalitäten"), nämlich der Banater Schwaben und der Siebenbürger Sachsen. Diese beiden Gruppen stellen für Bukarest keine Gefahr dar, da sie kein direktes Nachbarland beschützt und notfalls beansprucht. Zudem wird sich auch dieses Problem mit der Zeit von selbst regeln, durch die allmähliche Auswanderung eines Teils der deutschen Minderheit in die Bundesrepublik und durch die Absorption der Uebriggebliebenen durch die rumänische Mehrheit.

Diese und andere Minderheitenfragen sind ein sprechender Beweis dafür, dass das nationale Hemd allen diesen Regimes weit näher liegt als der internationale, sprich kommunistische Rock. Die Tatsache, dass Rumänien und Ungarn kommunistisch regiert werden, hilft über ihr bilaterales Problem kaum hinweg, eher im Gegenteil: Die beidseitige Beanspruchung ideologischer Kriterien kann die Auseinandersetzung nur noch verschärfen.

Dreissig Jahre Kommunismus haben die Völker Osteuropas einander nicht nähergebracht. Der wiedererwachende Nationalismus dieser Staaten, den wir im Westen als willkommenes "Gegengift" zum

Kommunismus begrüßen, hat in der Region selbst nicht nur die Kehrseite des Minderheitenproblems. Er bringt schmerzhaft in Erinnerung, dass kaum zwei Völker dieses Teils Europas in den letzten hundert Jahren wirklich in Eintracht miteinander gelebt haben. Man darf nicht vergessen, dass die territorialen Umwälzungen in diesem Teil Europas, besonders im Gefolge des 1. Weltkrieges, viel umfassender waren als im Westen des Kontinents. Ein junger kommunistischer Funktionär in Budapest, nach dem 2. Weltkrieg aufgewachsen, gestand zu fortgeschrittener Stunde, auch seine Generation habe den Vertrag von Trianon, der zur Zerschlagung des alten Ungarn führte, noch nicht verschmerzt. Man versteht, dass die Ungarn für ihre Nachbarn, von denen damals jeder ein Stück der Beute eingesteckt hatte, keine besonders herzlichen Gefühle haben. Am ehesten noch für die beiden, die ausserhalb des Einflussbereiches Moskaus liegen, Oesterreich und Jugoslawien - ein Zufall? Den Tschechen bzw. Slowaken ist man in Budapest kaum geneigter als den Rumänen. Die Tschechen und Slowaken haben ohnehin das traurige Schicksal, von niemandem wirklich geliebt zu werden, nicht einmal von dem Volk, das ihnen in jeder Beziehung am nächsten stehen sollte, nämlich den Polen ... es braucht nicht immer Minderheitenprobleme, um zwei Völker zu trennen. Das einzige Land Osteuropas, welches seine Minderheitenprobleme im Landesinnern einigermaßen befriedigend gelöst hat, scheint übrigens Jugoslawien zu sein. (Umso sensibler reagiert es, wenn es das Gefühl hat, "seine" Minderheiten im Ausland würden schlecht behandelt. Siehe Kärnten.)

Zurück zur Aussenpolitik. Wir haben gesehen, dass auf dem Balkan die Dinge schon seit längerer Zeit in Bewegung sind. Weiter nördlich, in Ungarn, ist auf diesem Sektor noch wenig Originalität zu spüren. Das Land bezahlt seine relativ liberale Innenpolitik mit einem äusserst moskautreuen aussenpolitischen Kurs und setzt so die Prioritäten genau umgekehrt vom Nachbarn Rumänien. Dennoch hat es Budapest verstanden, unter dem Deckmantel der von Moskau verordneten Entspannungspolitik seine bilateralen Beziehungen nicht nur zu den beiden westlichen Nachbarländern, Oesterreich und Jugoslawien, entscheidend zu verbessern, sondern

- 9 -

es hat als einziges Land Osteuropas die Schlussakte von Helsinki zielstrebig ausgenützt, um seine bilateralen Kontakte mit den Staaten ausserhalb des Warschaupakts zu intensivieren. Es tat dies, indem es 18 nichtkommunistischen Ländern "Wunschlisten" zukommen liess, eine Aktion, die wohl kaum ohne Zustimmung Moskaus erfolgte, aber deutlich nationale Ziele verfolgte. Obwohl dieser Initiative kaum konkrete Taten folgten, zeigte sie doch ein Modell, wie auch ein Staat im inneren Machtkreis Moskaus seine Bewegungsfreiheit nach und nach ausdehnen kann, wenn er es will - und solange es die Umstände erlauben. Die benachbarte Tschechoslowakei ist dazu derzeit weder willens noch in der Lage. Auch ihr Verhalten in Belgrad hat gezeigt, dass von dort in naher Zukunft kaum originelle ausserpolitische Initiativen zu erwarten sind.

Wie steht es in dieser Beziehung mit Polen? Es hat als grosses und traditionsreiches Land schon vor einem Jahrzehnt seine traditionellen Sonderbeziehungen zum Westen, besonders zu Frankreich, wieder aufgenommen und wurde als erstes kommunistisches Land wieder "salonfähig". Etwas von diesem Vorsprung hat Polen bis heute behalten. Es ist sich seiner Sympathien im Westen bewusst. Dennoch hat es seine besonderen Beziehungen nicht richtig zum Tragen bringen können. Der Ausgleich mit der Bundesrepublik und die diversen Besuche aus dem Westen, darunter nicht weniger als drei amerikanische Präsidenten in den letzten acht Jahren, waren weniger Funktion einer eigenständigen polnischen Aussenpolitik, sondern Nebenprodukte der allgemeinen Ost-West-Entspannung. Aber für ein Land, das zwischen der Sowjetunion, der DDR und der CSSR eingeklemmt ist, ist die Entspannung die einzige Chance, überhaupt so etwas wie eine eigene Aussenpolitik zu betreiben. Es ist daher kein Zufall, dass Polen 1964 als erstes Land ausserhalb der Sowjetunion die zehn Jahre zuvor von jener lancierte Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz wieder aufnahm und damit die Reihe der Schritte einleitete, die ein weiteres Jahrzehnt später über manche Umwege nach Helsinki führte. Auch diese Initiative des inzwischen verstorbenen Aussenministers Rapacki, der sich bereits in den fünfziger Jahren

durch die zahlreichen nach ihm benannten Pläne einen Namen gemacht hatte, auf den Polen noch heute stolz ist, war nur im Rahmen eines grösseren sowjetischen Konzepts möglich. Wie Ungarn heute nützte Polen damals eine sowjetische Grundidee zu eigenen Zielen. Obwohl Polen in seiner besonders exponierten Lage mehr noch als Ungarn auf absolute Konformität mit der Aussenpolitik Moskaus achten muss, gehen seine Erwartungen hinsichtlich der Entspannungspolitik wohl ein gutes Stück über diejenigen der Sowjetunion hinaus. Der von Moskau ursprünglich propagierte, aber inzwischen aufgegebene Gedanke eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa liegt den Polen auch heute noch nahe, weil er den langfristigen Interessen des Landes dient, nicht nur gegenüber seinem östlichen, sondern auch seinem westlichen Nachbarn. Im Gegensatz zu allen anderen osteuropäischen Staaten verfügt Polen - ausser der politisch wenig bedeutsamen Oeffnung nach Skandinavien - über kein direktes "Fenster" zum Westen. Es kann eine Linderung des Druckes durch seine Nachbarn, die heute das "eiserne Dreieck" des Kommunismus in Europa bilden, nur durch eine Lockerung im gesamteuropäischen Rahmen erhoffen. Wenn der Satz gilt, dass nur die Fortführung der Entspannungspolitik den Ländern Osteuropas eine gewisse Eigenständigkeit im Aeussern und im Innern verschafft, dann bestimmt für Polen.

Ein Land, für welches dieser Satz bis jetzt keine Geltung hatte, ist die Tschechoslowakei. Ihr Beispiel scheint sogar den umgekehrten Schluss zu rechtfertigen: Im Moment, wo sich gesamteuropäisch die Entspannung anbahnte, in den Jahren nach 1970, setzte die Unterdrückung der Tschechoslowakei erst richtig ein. Der aussenpolitische Spielraum des Landes, der nie besonders gross gewesen war, wurde auf Null reduziert, jede auch noch so leise Abweichung im Innern mit unverhältnismässiger Härte verfolgt. Wo liegen die Gründe? Mit der Liquidierung des "Prager Frühlings" kann zehn Jahre später kaum mehr argumentiert werden, obwohl sich dessen Ideen, wie die "Charta 77" zeigt, zählebiger erwiesen haben, als selbst die Machthaber annahmen. Gewiss, schon aus geographischen Gründen muss die Sowjetunion ein besonderes Auge auf dieses Land

- 11 -

haben, das weit in den Westen Europas hineinragt und nicht nur strategisch, sondern auch wegen seiner Geschichte und Kultur unter allen Staaten im Moskauer Machtbereich der exponierteste ist, den "Sonderfall" DDR einmal ausgenommen. Aber vielleicht liefert gerade er eine weitere Erklärung: Nachdem Polen im sowjetischen Kalkül nicht über jeden Verdacht erhaben sein kann, braucht Moskau eine verlässliche Klammer, um die DDR auch in Zukunft an das östliche Lager zu binden, und die kann nur die CSSR darstellen. Aber es gibt vielleicht auch innere Gründe, warum die Lage der Tschechoslowakei ein Jahrzehnt nach dem "Frühling" von 1968 hoffnungsloser erscheint als beispielsweise diejenige Ungarns die gleiche Anzahl Jahre nach dem dortigen Aufstand. Vielleicht sind es Gründe, die tief mit der Geschichte der Tschechen und der Slowaken zusammenhängen und die gerade im Vergleich mit ihren südlichen, aber auch nördlichen Nachbarn, ins Auge springen. Im Gegensatz zu den Polen und Ungarn, aber auch zu den Serben, Rumänen und Bulgaren, hatten die Tschechen und Slowaken nie einen eigenen Staat im nationalen Sinn (man muss dabei bedenken, dass in den slawischen Sprachen Nation und Volk identisch sind: "narod"); sie waren seit dem Hochmittelalter Teil eines grösseren Ganzen; Böhmen und Mähren des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und später, nach vorübergehender Selbständigkeit, dreihundert Jahre ein Teil Oesterreichs. Die Slowakei gehörte tausend Jahre lang zu Ungarn, ja, sie war während der Türkenzeit sogar eine Zeitlang Ungarn selbst, ohne es wirklich zu sein. Mit einem Wort: Weder Tschechen noch Slowaken besaßen je einen Staat, der nur ihnen gehörte. Sie waren entweder Gastgeber anderer oder - öfter - Untertanen derselben. Während andere Völker, wenn sie unterdrückt waren, auf eine glorreiche staatliche Vergangenheit zurückblicken und daraus neue Kräfte für eine spätere Befreiung schöpfen konnten - selbst wenn sie dieser Tradition, wie im Falle Rumäniens, etwas nachhelfen mussten -, so fehlte den Tschechen und Slowaken ein solches Vorbild, denn das Grossmährische Reich, das vor über tausend Jahren an der Stelle der heutigen CSSR lag, gehört schon eher der Legende an. Auf diese Weise entwickelten insbesondere die Tschechen eine Gastgeber- und Untertanenmentalität. Sie versuchten sich mit dem jeweiligen

Gast oder Herrscher zu arrangieren, und sie taten es auf ihre Weise. Der brave Soldat Schweyk ist dafür das bekannteste Symbol geworden. Leider auch ein Cliché, denn es reicht nicht aus, um die ganze Spannweite des tschechischen Charakters zu erklären. Man vergisst nämlich zu leicht, zu welchen Taten dieses Volk von Zeit zu Zeit fähig ist, wenn auch in grossen historischen Abständen, von der Bewegung des Jan Hus bis zum Prager Frühling. Beide kamen für Europa unerwartet, genauso unerwartet wie das Wiederaufflackern der Opposition in der "Charta" nach fast zehn Jahren der Stille. Wer weiss, was dieses erstaunliche Volk noch für uns bereit hält, auch wenn wir lange darauf warten müssen? Die Entwicklung in der Tschechoslowakei verlief immer etwas anders als in den umliegenden Staaten. Sie war in der Zwischenkriegszeit der einzige Staat der Region, der eine funktionierende Demokratie zustande brachte. Sie war nach dem Krieg der letzte Staat des Ostens, der die Entstalinisierung durchführte - das massive Stalin-Denkmal auf dem Letna-Hügel über dem Stadtzentrum wurde erst 1963 gesprengt -, sie war das letzte Land des sowjetischen Glacis, welches 1968 Zeichen der Unruhe zeigte. Selbst Bulgarien hatte zwei Jahre zuvor "seine" Krise gehabt. Das Fehlen eines festen nationalen Fundaments in der Tschechoslowakei ist natürlich nur eine Ursache dieses Sonderverhaltens. Es gibt zweifellos zahlreiche andere. Eine davon mag auch die Tatsache sein, dass zumindest im tschechischen Landesteil, wo die katholische Kirche seit der Schlacht am Weissen Berg (1620) als Instrument des Feindes empfunden wurde, dieses Fundament fehlte, das z.B. aus der polnischen Entwicklung nicht wegzudenken ist. Auch im Falle Ungarns ist ja die Kirche für das relativ liberale Regime mitverantwortlich. Auch die katholische Slowakei hat von jeher mehr Selbständigkeit an den Tag gelegt. Es ist kaum ein Zufall, dass zahlreiche Führer des Prager Frühlings, nicht zuletzt Dubček (aber auch Husak) aus der Slowakei stammten und dass die einzige Errungenschaft dieser Zeit, die den August 1968 überdauerte, die recht erfolgreiche Gleichstellung der Slowakei mit dem tschechischen Landesteil ist. Auch in einem andern slawischen Gebiet, das früher zu Ungarn gehörte und in welchem die katholische Kirche ebenfalls einen traditionell starken

Einfluss hat, ist das Selbständigkeitsgefühl besonders ausgeprägt: Kroatien. Sowohl die Slowakei als auch Kroatien kannten ja im 2. Weltkrieg eine ephemere und wenig ruhmreiche Staatlichkeit.

Auch heute noch ist die katholische Kirche mit dem Staatsbegriff aller dieser Völker aufs engste verbunden. Dreissig Jahre Kommunismus haben nicht genügt, um jahrhundertealte Traditionen in Vergessenheit geraten zu lassen. Das gleiche gilt, wenn auch in weniger grossem Ausmass, für die orthodoxe Kirche in den südlichen Regionen. Auch wenn sie in Serbien, Bulgarien und Rumänien gesellschaftlich nur noch eine Randerscheinung ist und dem ausländischen Besucher eher zu touristischen und Alibi-Zwecken vorgeführt wird, spürt man bei einem Gang durch die zahlreichen Klöster, welche historische Kraft sich noch immer hinter den jahrhundertealten Mauern mit ihren Fresken und Ikonen verbirgt. Ohne diese Klöster und ihre Mönche hätte die Kultur dieser Völker nicht die Jahrhunderte türkischer Herrschaft überlebt, und etwas von dieser schicksalhaften Verbindung zwischen Volk, Staat, Kultur und Kirche ist selbst beim atheistisch erzogenen rumänischen Funktionär erhalten geblieben, der in Bukarest stolz darauf hinweist, dass Parlament und Patriarchat nach wie vor im gleichen Gebäudekomplex einander freundnachbarlich gegenüberliegen. Beide sind sich wohl ihrer eingeschränkten Rolle im heutigen Staat bewusst, aber dennoch Symbole für etwas, das vielleicht auch das gegenwärtige Regime überdauern kann, wie seinerzeit das türkische. Besonders nachhaltigen Eindruck macht das Kloster von Rila, mitten im Waldgebirge südlich von Sofia, wo die ganze bulgarische Geschichte und Kultur gleichsam "in nuce" erhalten ist und in den Worten des kundigen Begleiters lebendig wird: Zusammenhänge, die uns anschliessend der Pope in seinem sonnendurchtränkten Privatgemach bei einem Glas Selbstgebranntem noch deutlicher macht, bis zurück zu Cyrill und Method, die vor vielen Jahrhunderten aus ihrem heimatlichen Griechenland aufbrachen, um diesem Teil Europas nicht nur den Glauben, sondern auch die Schrift zu geben, in der sich die Sprachen vieler Völker überhaupt erst artikulieren konnten. In solchen seltenen Augenblicken vergisst man gerne, was

seither alles über diese Länder hinweggegangen ist: Türken, Oesterreicher, Deutsche, Russen, ganz abgesehen von den Kriegen, die sich die Völker des Balkans untereinander geliefert haben ...

Wie steht es - letztlich - um die menschliche Dimension dieser Staaten? Was sind das für Leute, denen wir begegnen, was denken sie wirklich, hinter den tausendmal wiederholten stereotypen Formeln? Ganz abgesehen davon, dass sie in erster Linie Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Montenegriner, Mazedonier, Serben, Kroaten, Rumänen und Bulgaren und schon deswegen nicht auf einen Nenner zu bringen sind - was steckt wirklich hinter ihnen? Glauben sie an das, was sie sagen? Auffallend ist zunächst, dass in jedem Land dann besonders nachdrücklich und spontan gesprochen wird, wenn es um nationale Probleme geht, vom Verhältnis zur Bundesrepublik in Warschau bis zur Mazedonien-Frage in Sofia. Bei solchen Themen hat man das Gefühl: Hier spricht die Wirklichkeit, das ist echt. Kommt man auf internationale Probleme, wie etwa KSZE und MBFR, kommen die ersten Schablonen ins Spiel. Man glaubt, manche Sätze schon beim letzten und vorletzten Besuch in der Hauptstadt nebenan gehört zu haben. Die nationalen Anliegen muss man gleichsam zwischen den Zeilen hören, einem gelegentlichen Augenzwinkern oder einer Bemerkung des Tischnachbarn beim Essen entnehmen. Vollends phantasielos wird die Diskussion, wenn man über aussereuropäische Themen spricht, wie etwa den Nahen Osten oder Afrika. Der Dialog degeneriert zur reinen Pflichtübung. Hier herrscht die offiziell und zentral vorgeschriebene Einheitsmeinung.

Trotz der nationalen Eigenheiten der Gesprächspartner ist man versucht, angesichts des ähnlichen Regimes und des wohl weitgehend synchronisierten Werdegangs des Einzelnen gewisse Kategorien festzustellen: Da wäre zuerst einmal der weltoffene, westlich gekleidete und zumindest eine westliche Sprache sehr gut sprechende Aushänge-Diplomat, meist im Rang eines Vizeministers, womöglich mit UNO-Erfahrung, ein Mann von Welt, der für den Augenblick vergessen machen soll, wen und was er vertritt, der aber mit fort-dauerndem Gespräch mehr und mehr in die Rolle des Apparatschiks

zurückfällt. Ein Mann, der auch in einem anderen Regime Karriere gemacht hätte, einfach weil er gut ist, gut reden kann und weiss, was in jedem Augenblick wichtig ist, für die Sache, der er dient und für ihn selbst. Ein an sich wertneutraler Mensch mit einem Hang zum Zynismus, ohne grosse Emotionen, aber zielbewusst, ohne allzugrosse Zimperlichkeit und ohne Rücksicht auf eventuelle Nachteile für andere. Gerne möchte man etwas über seine Vergangenheit hören, aber die offiziell verteilten Lebensläufe sind nichtssagend. Vom einen oder anderen weiss man, dass er früher andere Aemter innegehabt hat, etwa Staatsanwalt in der unmittelbaren Nachkriegszeit ... Er glaubt wohl kaum an das Produkt, das er verkauft, hasst es vielleicht, aber da es ihm zu einem angenehmen Leben verhilft und ein durchaus natürliches Machtstreben befriedigt, bleibt er dabei. Im Gegensatz zu unserer Welt kann er ja den Arbeitgeber nicht wechseln. Denn wo soll hier einer Karriere machen, wenn nicht beim Staat?

Dann ist da der weniger phantasievolle, weniger sprachbegabte und weniger gut gekleidete Funktionär zweiten Ranges, dem man den Opportunisten auch ansieht, weil er - im Gegensatz zu Typ Nr. 1 - sich mehr abrackern und bücken und wohl auch mehr einstecken musste. Ihm sieht man es ganz offen an, dass ihn das "Produkt" anwidert, aber er will ja auch gar nicht überzeugen; er tut nur seine Pflicht.

Besonders aufschlussreich, aber auch besonders schwierig ist die Betrachtung der jüngeren Funktionärgarnitur, die weder den zweiten Weltkrieg noch die Zeit des Stalinismus bewusst miterlebt hat. Obwohl gerade diese Generation der 25 - 40-jährigen in fast allen der besuchten Staaten nach einem einheitlichen Muster für ihre Aufgaben in der Aussenpolitik vorbereitet wird, glaubt man auf dieser Altersstufe die nationalen Unterschiede noch besser zu erkennen als bei den älteren Kadern. Die meisten von ihnen haben irgendwann einmal in der Sowjetunion studiert, meist in einem Stadium, in welchem sie sich schon für ihren späteren Beruf spezialisierten. Während diese Art von Ausbildung bei den polnischen und ungarischen Kollegen keinen nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen scheint, ja

- 16 -

sie vielleicht in ihrem nationalen Selbstbewusstsein eher noch gestärkt hat, ist bei den jungen bulgarischen Diplomaten eine mehrjährige Studienzeit in Moskau das natürlichste auf der Welt: Es gibt nämlich im eigenen Lande gar keine Ausbildungsmöglichkeit in dieser Richtung. Man hat aber nicht das Gefühl, dass aus dieser total importierten aussenpolitischen Ausbildung grosse persönliche Konflikte entstehen. Man weiss auch in Sofia zwischen beruflicher Notwendigkeit und nationaler Eigenart genau zu unterscheiden. Freilich wird man dort kaum einem Mitarbeiter des Aussenministeriums begegnen, der im privaten Gespräch mit einem gewissen Stolz behauptet, kein Wort russisch zu können. So geschehen in Budapest.

Die straffe Schulung der Beamten hinterlässt freilich auch beim Weltoffensten unter ihnen gewisse Spuren, und oft ist es gerade bei den jüngeren am schwierigsten herauszufinden, ob sie nun wirklich an das glauben, was sie vortragen. Es gibt auch in Osteuropa den karrierebewussten Streber, der es für sein persönliches Fortkommen besser erachtet, keine Meinungen zu äussern, die auch nur ein Jota vom "mainstream" abweichen. Wir haben indessen kaum einen getroffen, bei dem der propagandistische Effort über das vorgeschriebene Mass hinausging. Gerade die jüngeren Gesprächspartner, die oft mehr von der Welt ausserhalb gesehen haben als ihre Vorgesetzten, machen sich keine Illusionen über die Ueberzeugungskraft ihrer Argumente bei westlichen Besuchern. Der Prozentsatz derer, die wirklich von der Sache, die sie vertreten, überzeugt sind, dürfte auch bei den Jungen, die im eigenen Lande nie ein anderes System gekannt haben als das gegenwärtige, verschwindend klein sein.

Wie gross wird der Spielraum dieser neuen Generation von Aussenpolitikern, unseren Gesprächspartnern von morgen, sein, wenn sie in zehn, fünfzehn Jahren selbst die Spitze der Rangleiter erklommen haben? Oder werden dann ganz andere an ihrer Stelle sitzen, Leute, die jetzt noch im Hintergrund agieren und auf ihre Stunde warten? Und wenn, was werden diese Leute vertreten? Werden es

./.

- 17 -

Ideen sein, die den unseren näher sind, oder solche, die das Gespräch noch schwieriger machen als heute? Niemand wird eine Antwort auf diese Fragen geben können. Vieles aber spricht dafür, dass wir in Zukunft mehr noch als bisher hinter dem Geräuschvorhang der Einheitsmeinung mehr und mehr die individuellen, nationalen Töne vernehmen werden - vorausgesetzt, wir sind bereit, sie zu hören. Wir sollten das Ohr für sie offenhalten.

* * *

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Der Generalsekretär

Bern, den 27. Februar 1978

p.B.73.0. - SI/ra *Kopie in:*
p.B.73. Vorg. 0/p.B.73. Ho. 0/p.B.73. Pol. 0/p.B.73. Tch. 0/p.B.73. Bu. 0/p.B.73. R. 0

VERTRAULICH

Herrn Bundesrat P. Aubert

Herrn Botschafter R. Bindschedler

Herrn Botschafter J. Cuendet

Herrn Botschafter E. Diez

Herrn Botschafter P. Gottret

Herrn Botschafter A. Hegner

Herrn Botschafter M. Heimo

Herrn Botschafter J. Iselin

Herrn Botschafter P. Jolles

Herrn Botschafter J. Martin

Frau Botschafterin F. Pometta

Herrn Botschafter C. Sommaruga

Herrn Minister F. Blankart

Herrn Minister M. Jaccard

Herrn Minister J. Monnier

Herrn Minister J. Zwahlen

Herrn E. Andres

Herrn B. Dumont

Herrn A. Maillard

Herrn L. Meier

GR, GRE, HI, KH, KR, LR, MY, NF, QJ, RK, SI, ST, TR, VP, WA

An die Schweizerischen Botschaften und Missionen

Unser Kollege Hansjörg Renk hat mich im vergangenen Jahr auf meinen Besuchen in fünf osteuropäische Länder begleitet. Ich lasse Ihnen beiliegend seine sehr interessante zusammenfassende Notiz über diese Besuche zukommen.

Weitnauer

(A. Weitnauer)

Beilage erwähnt

S 1. März 1978 1 6

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

3003 Bern, den 1. März 1978

~~Informations- und Pressedienst~~

Sekretariat des Generalsekretärs

V E R S A N D L I S T EBetrifft: "SECHS MAL OSTEUROPA", Zusammenfassung von H.J. Renk, vertr.DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN

Abidjan	Guatemala	Ottawa
Addis Abeba	Hanoi	Panmunjom
Akkra	Havanna	Paris
Algier	Helsinki	Paris / OECD
Amman	Islamabad	Paris / UNESCO
Ankara	Jakarta	Peking
Asuncion	Kairo	Prag
Athen	Khartoum	Pretoria
Bagdad	Kigali	Quito
Bangkok	Kinshasa	Rabat
Beirut	Kopenhagen	Rom
Belgrad	Kuala Lumpur	San José
Berlin / DDR	Kuwait	San Salvador
Bogota	Lagos	Santiago de Chile
Bonn	La Paz	Singapur
Brasilia	Lima	Sofia
Brüssel	Lissabon	Strassburg / Europarat
Brüssel / Mission	London	Stockholm
Budapest	Luanda	Söul
Buenos Aires	Luxemburg	Tananarive
Bukarest	Madrid	Teheran
Canberra	Manila	Tel Aviv
Caracas	Maputo	Tokio
Conakry	Mexiko	Tripolis
Dacca	Monrovia	Tunis
Dakar	Montevideo	Warschau
Damaskus	Moskau	Washington
Dar es Salaam	Nairobi	Wellington
Den Haag	New Delhi	Wien
Djeddah	New York / UNO	Yaoundé
Dublin	Oslo	Genf / UNO / OI

GENERALKONSULATE:

Hong Kong
Mailand
München
New York
Frankfurt

93 Vertretungen
+ 5 Generalkonsulate

98 Vertretungen total
=====